

EUROPA BRAUCHT ZUKUNFT

*Von der Verwaltungszone zum Gestaltungsraum \ Gut aus der Krise aber nicht gut in die Zukunft \
Ergebnisse einer Diskussion*

Europas Werden und Wachsen schien über Jahrzehnte ein unaufhaltsamer Prozess. Vorbehalte und Vorteile hielten sich die Waage. Doch seit der jüngsten Wirtschaftskrise ist vieles anders. Droht Europa die Desintegration? In Berlin traf sich der Leiter des ZDF-Studios in der europäischen Hauptstadt, Udo van Kampen, mit Martin Kneer, Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM), und Rolf Kuby, Leiter des WVM-Büros in Brüssel. Drei Experten formulierten Erwartungen, Erfahrungen und Einschätzungen. Der Düsseldorfer Wirtschaftsjournalist Wieland Kramer moderierte den Gesprächsverlauf und sorgte für die Dokumentation.

Udo van Kampen: Es ist für mich derzeit der zweite Aufschlag in Brüssel. Zwischen 1987 und 1995 erlebte ich hautnah und nahezu vollständig die dreimalige Kommissions-Präsidentschaft von Jacques Delors mit. Die Themen hießen damals Wettbewerb, Währung und Landwirtschaft. Das waren Themen, die weder Politiker noch Fernsehzuschauer von den Sesseln rissen. Wir erinnern uns, wie schwer es war, gute Politiker zu motivieren, von Bonn nach Brüssel zu gehen. Dort versammelten sich allenfalls Spezialisten und Beamte. Dann kamen der Binnenmarkt sowie die Währungs- und Wirtschaftsunion. Ich hatte Kontakt zum exzel-

lenten Finanzökonom und späteren Bundespräsidenten Horst Köhler sowie zum damaligen Bundesbankpräsidenten Karl-Otto Pöhl, der nicht zuletzt wegen seiner Euro-Ablehnung 1991 den Hut nehmen musste. Ich ging wenig später freiwillig für acht Jahre nach New York und kehrte 2003 in ein völlig verändertes Brüssel zurück.

Auch mit meiner Erfahrung von der anderen Seite des Atlantiks sage ich: Europa hat nur als Europa eine Zukunft. Gerade deshalb müssen wir negative Entwicklungen genau analysieren. Klar, die Zustimmung bei den Bürgerinnen und Bürgern nimmt ab. Die europäischen Institutionen und das jeweils vom Betrachter aus gesehene restliche Europa werden zunehmend kritisch eingeschätzt. Bürger und vor allem die Wirtschaft fühlen sich drangsaliert. Auch in Deutschland. Wie kommt es zu Fehlentwicklungen? Vielleicht erleichtert uns die grüne Gurke die Analyse. Die agrartechnisch gezähmte gerade Gurke gilt als Inkarnation der europäischen Bürokratisierung: Eine Verwaltung stellt sich gegen Mensch und Natur. Doch in Wahrheit setzte die EU-Kommission einen Wunsch des Handels durch. Gerade und gleich lange Gurken sind viel leichter zu verpacken und zu transportieren. Als die Kommission den Wahnsinn abschaffen wollte, scheiterte sie im Ministerrat auch an der Stimme Deutschlands.

→

EUROPA PARLAMENTET
EUROPÄISCHES PARLAMENT
EUROOPA PARLAMENT
ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ
EUROPEAN PARLIAMENT
PARLEMENT EUROPÉEN
PARLAIMINT NA hEORPA
PARLAMENTO EUROPEO
EIROPAS PARLAMENTS
EUROPOS PARLAMENTAS
EUROPAI PARLAMENT
PARLAMENT EWROPEW
EUROPEES PARLEMEN
PARLAMENT EUROPE.
PARLAMENTO EURO
ARLAMENTUL EURO
URÓPSKY PARLAM

„Europa eine Seele geben.“

Jacques Delors

→

Martin Kneer: Das Beispiel gefällt mir gut. Nur wenn wir Europa richtig erklären, offenbart sich seine positive Bilanz. 40 Prozent der deutschen Exporte gehen in EU-Länder, das ist ein wichtiges Fundament unseres Wohlstands. Die EU-27 und die Vorgängerorganisationen haben das zerstörte Deutschland und das Nachkriegseuropa sowie später auch das postsozialistische Europa aus der Isolation und auf die weltpolitische Bühne zurückgeführt. Jugendwerke und Austauschprogramme haben die Menschen in Europa in Frieden und Achtung näher gebracht. Das sind nur drei sehr verschiedene Verdienste Europas. Doch der Nutzen Europas wandert aus dem Aufmerksamkeitsfeld der Bürger. Drastische Bilder ersetzen differenzierte Betrachtungen: Deutschland ist das Scheckbuch Europas, heißt es. Europa droht eine Migrationssintflut. Für uns als Wirtschaft ist Europa viel besser als sein Ruf. Aber es gibt Alarmsignale. In Brüssel arbeiten 25.000 Beamte unter einem Präsidenten und 26 Kommissaren. Der Output dieser Maschinerie ist immens und kompliziert. Skepsis beim Bürger und beim Unternehmer ist verständlich, wenn die EU sich wie ein Raumschiff erhebt und uns aus dieser Perspektive sagt, wie wir unser Leben zu gestalten haben.

Udo van Kampen: Ihre Beurteilung trifft zu und wird noch prägnanter, wenn wir die aktuelle Situation mit der europäischen Integrationsidee der 1990er Jahre vergleichen. Befeuert von Bundeskanzler Helmut Kohl, Kommissionspräsident Jacques Delors und dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand verbreitete sich die Vision des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes, an deren Ende die europäische Währung stand. Diese Vision obsiegte über alle Euro-Skeptiker. Gegenwärtig fehlt Europa eine Vision. Es wird verwaltet und nicht gestaltet. Ich bin mir bewusst, dass die historische Dimension nicht mehr die vorherrschende integrierende Kraft sein kann. Unsere Kinder bewegen andere Fragen als uns in der Nachkriegszeit. Sie wollen Antworten auf die Probleme der Globalisierung, den Klimawandel sowie zur inneren und äußeren Sicherheit.

Rolf Kuby: Ich glaube, die Spitzen Europas denken und arbeiten mit großer Distanz zu den Bürgern. Es gibt Agenden, die werden abgearbeitet. Bei Zielerreichung kommt ein Haken dran. Der Kommissionspräsident hält 26 Kommissare mit 26 Nationalitäten zusammen. Parlament und Rat haben eigene Ziele und Zwänge. Es fehlt an der von Herrn van Kampen thematisierten Vision, aber auch an Transparenz und dem Gefühl für das Wichtige.

Udo van Kampen: Manuel Barroso hat nur wenig Popularität. Er gilt als typischer Präsident im Sinne eines deutschen Verwaltungspräsidenten. Mich enttäuscht er auch im persönlichen Gespräch, da kommt einfach zu wenig rüber. Die Pläne für eine klar profilierte und abgestimmte Außenpolitik entwickeln sich mehr als zaghaft, was nicht zuletzt mit personellen Entscheidungen zusammenhängt. Andererseits werden überzeugte und engagierte Europäer, die oft aus den kleinen Mitgliedstaaten kommen, zur Seite geschoben.

Martin Kneer: Wir müssen akzeptieren, dass Europa nach der Wirtschafts- und Finanzkrise ein anderes ist als zuvor. Die einzelnen Mitgliedstaaten, allen voran Deutschland, haben in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise entschlossener reagiert als die Kommission. Die Krise hat ein Stück des Traums von der umfangreichen europäischen Gleichheit zerstört. Es gibt Unterschiede; sie anzuerkennen ist der erste Schritt zur Problemlösung. Es wird sehr schwierig, die unterschiedlichen Wirtschaftsräume innerhalb der EU in ihrer Bedeutung wieder zusammen zu bekommen. Und von einer neuen Vision vermag ich noch gar nicht zu reden. Ich glaube, das ist sehr viel schwieriger als früher. Wir können nicht mehr auf besondere politische oder wirtschaftliche Schubkräfte bauen, sondern sehen uns eher neuen und ungewohnten Risiken ausgesetzt. Früher konnten positive Emotionen für Europa bei den Menschen schneller geweckt werden als heute, wo uns die Globalisierung fordert und die Krisen in den schwachen EU-Ländern bedrohen. Wo holen wir das Potenzial für neue Visionen her? Unserer Regierung gelang ein verhältnismäßig gutes Krisenmanagement, aber das ist noch kein Zukunftskonzept.

Udo van Kampen: Vor der Krise hatten viele Menschen Angst vor der Globalisierung. Europa mit seinem Binnenmarkt bot Schutz und hatte zudem eine eigene Zukunftsvision. Die feste persönliche Allianz zwischen den führenden Politikern vermittelte Sicherheit und Vertrauen. Unsere gegenwärtigen Regierungen wechseln sehr schnell ihre Strategien und europäische Koalitionäre. So hat unsere Kanzlerin ihre Haltung zum europäischen Wirtschaftspakt kurzfristig grundlegend geändert. In Europa fragt man sich: Wofür steht die deutsche Regierung? Deutschland und andere EU-Länder haben die Risiken des Mittelmeerraumes völlig unterschätzt und stehen heute weitgehend ohne Konzept und ohne Kontakte zu den neuen gesellschaftlichen Kräften vor massiven



Im Gespräch: Rolf Kuby, Udo van Kampen, Martin Kneer, Wieland Kramer (v.l.n.r.)

Problemen: Ägypten verbindet nicht nur durch den Suez-Kanal Ost und West, hier verlaufen auch die wichtigsten Informations- und Kommunikationsstrukturen. Wie verändert sich unsere Ölversorgung nach dem Umsturz in Libyen?

Martin Kneer: Ich sehe die Probleme. Aber wir dürfen Eines nicht vergessen: Wir sind ökonomisch nicht nur besser aus der Krise herausgekommen, wir waren auch besser vorbereitet. Die Ergebnisse der vielgescholtenen Agenda 2010, unsere Tarifpartnerschaft, die Kurzarbeiterregelung und vieles mehr verschafften der Politik Zeit und Spielräume, um auf die Krise zu reagieren. Ohne die Industrie hätte die Krise für jeden von uns andere Konsequenzen gehabt. Jetzt ist die Politik am Zuge. Mit Stichworten wie Schuldenbegrenzung, Solidität der öffentlichen Haushalte, Förderung der Investitionsquoten. Aber auch unsere Außenbeziehungen auf den Feldern Wirtschaft, Sicherheit und Entwicklung, von der Klimapolitik ganz zu schweigen, sind verbesserungsbedürftig.

Udo van Kampen: Die Frage, ob die Euroländer eine Kernzone bilden und andere Rechte und Pflichten haben als der Rest der 27 Mitglieder, lässt sich nicht mehr verdrängen. Die Euroländer müssen zunächst unter sich Ordnung und Stabilität schaffen. Die dazu notwendigen Instrumente können nur sie und nicht die gesamte EU-27 verabschieden.

Martin Kneer: Die EU-Erweiterung hat Stabilität und Wachstum in den Kernräumen gesichert und in die Beitrittsregionen hineingebracht. Märkte und Wertschöpfungsketten haben sich verändert. Die deutsche Wirtschaft hat das Lohn- und Kostengefälle genutzt, aber es wurden auch Arbeitsplätze und Wertschöpfungen in die Beitrittsländer exportiert. Die Einführung des Euro hat neben großen Vorteilen auch Herausforderungen generiert: Der einheitliche Wert der europäischen Währung verhindert, dass sich die Wirtschaftskraft eines Landes oder einer Region in den Auf- und Abwärtsbewegungen der nationalen Währung spiegelt. Da



→

es heute weder griechische Drachmen noch irische Pfund mehr gibt, entfällt die Auf- und Abwertung der Währungen, um den Stellenwert und die Leistungskraft des Wirtschaftsraumes adäquat abzubilden. Darauf haben wir uns in Europa allerdings mit der Währungsunion bereits lange vor der Einführung des Euro festgelegt. Ein funktionierender europäischer Rettungsschirm für aus welchem Grunde auch immer notleidende Partner ist der einzige wirkungsvolle Krisenmechanismus.

Udo van Kampen: In dieser Situation ist es grundlegend, dass Deutschland und seine wichtigsten und bewährten europäischen Partner mehr Führungskompetenz übernehmen. Das von den Staatschefs Ende 2010 ausgegebene Ziel, die Stabilität des Euro und des gesamten Euro-Währungsgebietes wiederherzustellen, ist eine Mammutaufgabe. Die Ausweitung des Hilfefonds für überschuldete Staaten benötigt einen klaren Rahmen mit Kompetenzen, Zeiträumen und Regeln. Dann stehen Entscheidungen zur Vermeidung neuer Banken Krisen an. Dieser Punkt wird bei vielen Bürgern und Wählern sicher kritisch gesehen. Die Vorstellungen über die zukünftige wirtschaftspolitische Koordination gehen noch stark auseinander, und ob es einen wirklich konsequenten Stabilitätspakt geben wird, erscheint mir unsicher. Die Euroländer müssen sich auch Gedanken über die Rolle und die Aufgaben der Europäischen Zentralbank machen. Je kleiner und entschlossener die Runde der Beteiligten ist, desto größer scheinen mir die Erfolgchancen. Darauf lässt sich dann aufbauen.

Martin Kneer: Erst wenn Europa wieder auf festem Boden steht, kann es weiter vorangehen. Zum Konsolidierungskurs gibt es nicht nur keine Alternative, dazu gehören meines Erachtens auch eine angemessene Industriepolitik sowie Signale in die Bereiche Handel, Steuern, Energie und Umwelt. Ich ziehe daraus wichtige Konsequenzen aus der Entwicklung zwischen 2008 und Anfang 2011. Wirtschaft und Industrie müssen in Europa eine feste Basis finden und erhalten. Der Binnenmarkt und die heimischen Wertschöpfungspotenziale sind unverzichtbar. Der globale Markt ist alles andere als risikofrei. Die arabische Welt rund um das Mittelmeer wird geraume Zeit benötigen, um den gesellschaftlichen Wandel zu bewältigen. Der Ferne Osten einschließlich China ist stark mit der globalen Rohstofffrage verknüpft. Die Rahmenbedingungen für Unternehmen, die sich der kompromisslosen Globalisierung verschreiben, werden riskanter. Vor allem den exportstarken Unternehmen muss Europa ein Angebot machen und ihnen eine Perspektive bieten.

Rolf Kuby: Vielleicht gelingt es, diese Gedanken stärker über unsere Europa-Abgeordneten voranzubringen. Sie sind ein zunehmend wichtiges Bindeglied zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission. Über das EU-Parlament können auch Deutschland und seine Industrie die notwendigen Prozesse anstoßen.



„Gegenwärtig fehlt Europa eine Vision. Es wird verwaltet und nicht gestaltet.“

Udo van Kampen

Martin Kneer: Eine Vision für Europa nach der Krise muss bei offenen Worten gegenüber den Bürgern beginnen. Die Regierungen der Euroländer haben diesen Weg jetzt eingeschlagen, hoffentlich gehen sie ihn auch konsequent weiter. Wahrscheinlich führt dies, wenn nicht zu einem geteilten Wohlstand, so doch zu gemeinsam geteilten Verzicht auf zu ehrgeizige Wünsche und Vorstellungen sowie zu einer Neudefinition unserer Ziele in einem großen, aber auch differenzierten Europa.

Udo van Kampen: Es wäre fatal, wenn Krisen und Schwächen des europäischen Hauses dazu führen, dass sich die Menschen vom europäischen Gedanken entfernen. Wir sollten den Europa- und den Euro-Skeptizismus entschlossen bekämpfen – in den Medien, in der Industrie, aber auch in Kultur und Wissenschaft.

→